

A 281: Lohse in der Kritik

An welcher Stelle stockt der Ausbau der Autobahn 281? Die CDU und der FDP-Bundestagsabgeordnete Thorsten Staffeldt meinen: im Bremer Verkehrsressort von Joachim Lohse – und sehen sich nun durch ein Dokument des Bundesverkehrsministeriums bestätigt. Im Ressort sieht man die Gespräche auf einem guten Weg – und fürchtet Folgen der öffentlichen Kritik.

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. „Ich finde es erstaunlich, wie die Ansichten des Bremer Senats und des Bundesverkehrsministeriums auseinandergehen“, sagt der Bremer FDP-Bundestagsabgeordnete Thorsten Staffeldt. „Man bekommt den Eindruck, dass in Bremen zu lange geschlafen wurde – und jetzt versucht wird, die Gespräche so darzustellen, als hätten schon Verhandlungen stattgefunden. Senator Lohse ist nun gefragt, dieses Missverständnis aufzuklären.“

Die Aufklärung, die Staffeldt vom Bremer Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) fordert, bezieht sich auf unterschiedliche Darstellungen zum Verhandlungsstand für den Bauabschnitt 2/2 der A 281. Vor knapp einem Jahr hatte sich ein Runder Tisch unter Beteiligung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Beiräten und Bürgerinitiativen für dieses Autobahnstück zwischen dem Neuenlander Ring und dem Autobahnzubringer Arsten auf die Variante „4Süd“ geeinigt. Sie verläuft südlicher als die ursprünglich geplante Trasse und soll den Verkehr von einem Trog, einer Art nach oben offenem Tunnel, in einen geschlossenen Tunnel führen.

Der Runde Tisch und die von ihm erzielte Einigung waren nötig geworden, weil eine Bürgerinitiative eine Klage gegen den ursprünglich geplanten Trassenverlauf vor dem Bundesverwaltungsgericht gewonnen hatte. Das Ergebnis des Runden Tisches löste dieses Problem, schaffte allerdings ein anderes. Denn die neue Lösung kostet etwa 28 Millionen Euro mehr als die alte.

Die offene Frage seitdem ist: Wer soll diese Mehrkosten bezahlen – Bremen oder der Bund? In einer Antwort des Senats auf eine große Anfrage der CDU heißt es dazu: „Die Finanzierung ist zentraler Inhalt der Verhandlungen mit dem BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) und Voraussetzung für die Konkretisierung der weiteren Planungsschritte.“ Das Bauressort, so geht aus der Antwort weiter hervor, will erst die Finanzierungsfrage klären und dann in die Detailplanung für das Projekt einsteigen.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiko Strohmann, kritisierte diese Haltung. Aus seiner Sicht ist das Vorgehen ein anderes. „Der Bund kann und wird diese Mehrkosten nur bewilligen, wenn der Senat diese in einer Neuplanung begründet“, hatte er in dieser Woche erklärt und mit seiner Fraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der den Senat auffordert, bis Ende Mai eine detaillierte Planung nach Berlin zu schicken (wir berichteten).



CDU und FDP fordern eine Klarstellung von Bau- und Verkehrssenator Joachim Lohse.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Strohmann fühlt sich durch ein Dokument aus dem Verkehrsministerium nun bestätigt. In dem Papier, das unserer Zeitung vorliegt, heißt es: „Das Hauptaugenmerk des BMVBS liegt auf der Vorlage nachprüfbarer Planungsunterlagen einschließlich Kostenfortschreibungen und deren Prüfung.“ Am 30. März habe es ein Planungsgespräch zwischen Bundes- und Landesbe-

„Man bekommt den Eindruck, dass in Bremen zu lange geschlafen wurde.“

Thorsten Staffeldt, FDP

hörde gegeben, heißt es dort weiter. „Dabei wurden auch Kostenfragen erörtert. Aus Sicht der Fachabteilung wurden keine ‚Verhandlungen‘ geführt.“

Das Bremer Bauressort sah sich daraufhin gestern seinerseits zu einer Stellungnahme veranlasst. Die Abstimmungen mit dem Bundesministerium gingen auf die Zielgerade und sollten spätestens bis zur Sommerpause abgeschlossen sein, erklärte

Baustaatsrat Wolfgang Golasowski. Auf Nachfrage räumte Golasowski jedoch ein, dass konkrete Verhandlungen über die Finanzierung in der Tat noch nicht stattgefunden hätten. Der Bund habe aber umfangreiche Unterlagen aus Bremen verlangt und erhalten. „Dieser Planungsstand ist aus unserer Sicht ausreichend“, erklärte er, „wir sind auf der Arbeitsebene auf einem guten Weg – die Verhandlungen finden dann allerdings auf einer höheren Ebene statt.“

Und dann ließ sich Golasowski in der Pressemitteilung des Ressorts noch mit einem anderen Satz zitieren: „Das öffentliche Störfeuer der Opposition und die unansehnliche Aufgeregtheit einiger Akteure in Bremen gefährden ein gutes Ergebnis.“

Die Opposition reagierte entsprechend aufgebracht. „Das schlägt dem Fass den Boden aus“, sagte Christdemokrat Heiko Strohmann und forderte von Golasowskis Vorgesetztem Lohse einerseits Aufklärung darüber, wie es um die Ehrlichkeit der bisherigen Aussagen bestellt sei. Andererseits erneuerte er die Forderung nach einer raschen Übersendung der Planungsunterlagen nach Berlin. Auch Staffeldt verlangte eine rasche Klärung – und unterstellte den

Bremer Grünen gar, den Autobahnweiterbau verhindern zu wollen.

„Es wäre die Aufgabe der Bremer Bundestagsabgeordneten, die in der Regierungskoalition sind, alles für die Realisierung des Projekts zu tun“, erwiderte der baupolitische Sprecher der SPD, Jürgen Pohlmann – und befürchtete ähnliche Konsequenzen wie Golasowski: „Was sie je-

„Wir sind auf der Arbeitsebene auf einem guten Weg.“

Wolfgang Golasowski, Baustaatsrat

doch jetzt machen, könnte dem Projekt eher schaden.“ Grünen-Fraktionschef Matthias Güldner wollte im Streit um Begrifflichkeiten keine Wertung abgeben. „Ich kann nur konstatieren, dass es da offenbar unterschiedliche Sichtweisen auf die gleichen Gespräche gibt“, sagte er. „Ich kann daher beide Seiten nur auffordern, zügig die Gespräche fortzusetzen – und aus den beiden Sichtweisen eine zu machen.“